

Köln, den 8.11.2011

Ausschluss der IHK Köln aus der Fluglärmkommission beantragt

Gefährlicher Zick-Zack-Kurs der SPD-Politiker Roters und Ott

Auf Antrag der Bundesvereinigung gegen Fluglärm soll der **Gaststatus der IHK Köln in der Fluglärmkommission** am Flughafen Köln/Bonn mit dem Ziel eines Ausschlusses aus der Fluglärmkommission überprüft werden. Begründet wird dies damit, dass die Geschäftsführung der IHK Köln mit ihren Beiträgen über mehrere Jahre einseitig die Ausweitung des Nachtflugs unter unzumutbaren Bedingungen für die Bewohner der Region propagiert hat und beschlossene Verbesserungen beim Lärmschutz behindert.

Das Handeln der Kammer zeugt von wenig Sachkunde und ist geeignet, die Anwohner gegen die Mitarbeiter (Arbeitsplätze) auszuspielen. Durch eine **Verquickung von Ämtern** – der Geschäftsführer der Flughafengesellschaft ist gleichzeitig Vizepräsident der IHK und im Präsidium der Arbeitsgemeinschaft der Verkehrsflughäfen (ADV), der Geschäftsführer der IHK Köln Soënius gleichzeitig im Verwaltungsrat der ADV - wird die Kammer (wie beim Brief an Bundesverkehrsminister Ramsauer) ohne ausreichende demokratische Willensbildung im Vorfeld - instrumentalisiert und handelt damit entgegen der ihr zugeordneten Aufgaben und Grundsätze.

Als öffentlicher Aufgabenträger muss die Kammer die notwendige Zurückhaltung und Neutralität wahren. In Streitfragen muss sie eine Abwägung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Gewerbezweige vornehmen und auch Minderheitenpositionen darstellen. Tut sie das nicht, verlässt sie den Boden der gebotenen Neutralität und damit ihrer gesetzlichen Grundlage und gibt Anlass zur Besorgnis der Befangenheit.

Heftige Vorwürfe auch gegen den Kölner OB Roters, der sich öffentlich gegen den Beschluss des Rates vom Februar 2000 zur Einführung einer Kernruhezeit für den nächtlichen Passagierflug von 0-5 Uhr stellt und offenbar auch die Mitglieder der Stadt Köln in der Fluglärmkommission anweist, entgegen dem Ratsbeschluss zu stimmen. Damit handelt er gegen §113 der GO des Landes NRW, durch den die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen oder entsprechenden Organen an die Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse gebunden sind.

Genauso widersprüchlich der **Zick-Zack-Kurs des Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott**. In Düsseldorf ist er an die Beschlüsse des Landtags und die Koalitionsvereinbarung gebunden, die beide die Einführung der nächtlichen Kernruhezeit vorsehen. In Köln angekommen spielt er den Randalito und torpediert die Umsetzung der Beschlüsse. Bei solchen Politikern muss man sich nicht wundern, so der Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Helmut Breidenbach, wenn sie damit sogar eine Ablehnung des Vorhabens durch den Bundesverkehrsminister provozieren oder gar mit versteckter Freude in Kauf nehmen.

Den Tausenden stark vom Fluglärm betroffenen Menschen an Europas in der Kernzeit der Nacht am stärksten beflogenen Flughafen Köln/Bonn wird mit dieser Köln-typischen Harakiri-Politik nicht geholfen.

Helmut Breidenbach

Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm

Stv. Vors. der Fluglärmkommission am Flughafen Köln/Bonn